



Brief aus Straßburg

Dr. Renate Sommer (CDU)

Europaabgeordnete für das Ruhrgebiet

Nr. 88 / April 2010

Liebe Leserin, lieber Leser,

ein strahlend blauer Himmel begrüßte uns am Montag in Straßburg - allerdings fand sich nur etwa die Hälfte der Abgeordneten ein. Die Aschewolke über Europa hinderte auch etwa 350 Europaabgeordnete an der Anreise nach Frankreich. Bis Montagabend war unklar, wie das Parlament damit umgehen sollte, denn wir dürfen keine Straßburg-Plenarwoche ausfallen lassen. Dann aber wurde ein guter Kompromiss gefunden: Die Sitzung fand statt, aber wegen der hohen Fehlzahl wurden nicht abgestimmt. So konnten wir verhindern, dass die Entscheidungen im Nachhinein vielleicht als undemokratisch in die Kritik geraten wären. Die Abstimmungen werden in einer zusätzlichen Plenartagung des Europäischen Parlaments am 5. und 6. Mai 2010 in Brüssel nachgeholt. Allerdings muss dann sichergestellt werden, dass unsere britischen Kolleginnen und Kollegen noch rechtzeitig zur Stimmabgabe bei ihrer nationalen Wahl am 6. Mai heimreisen können! Trotz der außergewöhnlichen Umstände blieben viele wichtige Punkte zur Aussprache auf der Tagesordnung. Dazu gehörten unter anderem die Vorstellung des Arbeitsprogramms der Europäischen Kommission sowie eine Aussprache über den umstrittenen Austausch von Fluggast- und Bankdaten mit den USA (PNR und SWIFT).

Verkehrssituation

Zu den großen Auswirkungen, die der Vulkanausbruch auf die gesamte EU hat, berie-

fen wir kurzfristig eine Aussprache mit dem Ministerrat und der EU-Kommission ein. Strittig war die Frage nach der Angemessenheit des Flugverbots. Es ist eben ein schwieriger Spagat zwischen der Sicherheit der Flugreisenden und den Interessen der Fluggesellschaften! Einig aber waren wir uns darüber, dass insbesondere die betroffenen Passagiere, eventuell auch Fluggesellschaften, europäisch einheitlich unterstützt werden sollten, denn einzelstaatliche Hilfen würden den Wettbewerb im europäischen Binnenmarkt verzerren.

Arbeitsprogramm der Kommission

Da auch nach dem Lissabon-Vertrag allein die EU-Kommission das Initiativrecht hat, also Gesetze vorschlagen darf, legt sie mit ihrem nun vorgestellten Arbeitsprogramm den "Fahrplan" der EU für das Jahr 2010 fest. Dabei will sie sich auf vier Schwerpunkte konzentrieren: Die Bewältigung der internationalen Finanzkrise, die Verbesserung der Bürgernähe, die Entwicklung einer außenpolitischen Agenda und die Modernisierung der Arbeitsweise der EU. Neben vielen anderen Initiativen schlägt sie dazu unter anderem den Aufbau einer europäischen Kontrollagentur für den Finanzmarkt und eine bessere Koordinierung der nationalstaatlichen Wirtschaftspolitiken vor. Hierüber wird es sicherlich noch hitzige Debatten geben, denn erstens wollen wir nicht immer neue europäische Agenturen ins Leben rufen, und zweitens liegen Finanz- und Wirt-

schaftspolitik in der Zuständigkeit der Mitgliedstaaten!

Unterstützenswert ist dagegen z.B. das Vorhaben, die Details für die europäische Bürgerinitiative, die mit dem Lissabon-Vertrag ermöglicht wird, zu regeln. Im Bereich der Justiz- und Innenpolitik plant die Kommission, die Anerkennung gerichtlicher Entscheidungen über innereuropäische Grenzen hinweg zu verbessern, um einen "gemeinsamen justiziellen Raum" zu schaffen. Das größte Aufgabenpaket ist aber die Umsetzung des bereits beschlossenen "Stockholm-Programms". Hierbei wird es vor allem Vorschläge zur Bekämpfung der grenzüberschreitenden Kriminalität und illegaler Zuwanderung sowie zur Schaffung einer gemeinsamen Asyl- und Einwanderungspolitik geben.

Kampf gegen den Terror

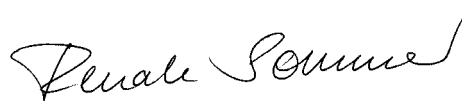
Erneut stehen die Abkommen zum Austausch von Bank- und Passagier-Daten auf der Tagesordnung des Parlaments. Nachdem die Europäische Kommission das neue Verhandlungsmandat für SWIFT (Austausch von Bankdaten) vorgestellt hatte, pochen wir als Parlamentarier nun darauf, dass die europäischen Datenschutzbestimmungen auch wirklich Eingang in das Abkommen finden. Für das so genannte PNR-Abkommen zum Austausch von Fluggastdaten, das mit den USA und Australien abgeschlossen werden soll, gelten diese Datenschutzregeln natürlich auch! Daher wollen wir die Kommission auffordern, die Abstimmung über das Abkommen zu verschieben und erst einmal bei den Verhandlungen nachzubessern. Nur so können wir ein ausgewogenes Verhältnis von Datenschutz und Terrorismusbekämpfung gewährleisten! Da sich immer mehr Staaten an die EU wenden und um Herausgabe der Passagierdaten bitten, muss langfristig auch darüber nachgedacht werden, ob die Union nicht ein eigenes PNR-System entwickeln sollte. So könnte das Datenschutzniveau erneut verbessert werden.

Wahl in Nordzypern

Es ist eigentlich unvorstellbar, dass mit Zypern ein Mitgliedstaat des Friedensprojektes EU bis heute lediglich in einem Waffenstillstand mit einem Kandidatenland steht. Aber noch immer sind in Nordzypern 35.000 türkische Soldaten stationiert, und die Demarkationslinie zum griechischen Südteil der Insel wird von UN-Soldaten "gehütet". Nach der türkischen Invasion im Jahr 1974 waren nahezu alle Griechen aus dem Nordteil und - im Gegenzug - Türken aus dem Südteil der Insel vertrieben worden. Während aber das griechische Zypern mittlerweile auch türkische Moscheen als Kulturerbe betrachtet und aufwändig erhält, wurden im türkisch besetzten Nordteil die christlich-orthodoxen Kirchen, Klöster und Friedhöfe total ausgeplündert, geschändet und dem Verfall preisgegeben. Bis heute weigert sich die Türkei darüber hinaus, Zypern als EU-Mitglied anzuerkennen. Dennoch hat sich die EU immer um eine friedliche Lösung des Konfliktes bemüht. Nun fand im türkischen Nordteil, der völkerrechtlich nicht als eigenständiger Staat anerkannt ist, wieder einmal eine (illegale) Präsidentenwahl statt. Der Wahlsieger Eroglu gilt als erklärter Gegner einer Wiedervereinigung der Insel. Damit kann die Türkei vorerst auch die Hoffnung auf einen EU-Beitritt begraben: Eine Lösung des Konfliktes und die Anerkennung Zyperns durch Ankara ist nämlich Voraussetzung für einen Türkei-Beitritt. Das ist nicht verhandelbar!

Bis zum nächsten Straßburgbrief im Mai grüßt Sie herzlich

Ihre



Dr. Renate Sommer, MdEP

Büro Herne:

Tel. 02323/918511, Fax 02323/918512

Büro Brüssel:

Tel. 0032-228-47383, Fax: 0032-228-49383

E-Mail: renate.sommer@europarl.europa.eu

www.renate-sommer.de